Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

| Ausschussbetreuender Fachbereich | Datum | |
|----------------------------------|------------------|--------------|
| Umwelt und Technik | 24.03.2004 | |
| | Schriftführer | Telefon-Nr. |
| | Hans-Jörg Fedder | 02202/141382 |

Niederschrift

| Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr | Sitzung am Donnerstag, 4. März 2004 |
|--|--|
| Sitzungsort | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) |
| Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | 17:00 Uhr - 21:57 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 19:58 – 20:10 Uhr |

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2003 öffentlicher Teil 96/2004
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin hier: Radfahrstreifen im Zuge der Kempener Straße

43/2004

6. Feststellung des Jahresabschlusses 2002 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" 87/2004

7. Haushaltsplanentwurf 2004 66/2004

- 8. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 38/2004
- 9. Neufassung des Wirtschaftsplanes des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2004
 124/2004
- 10. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004
 37/2004
- 11. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004 36/2004
- 12. Haushaltssicherungskonzept Reduzierung Betriebskostenzuschuss StadtGrün 95/2004
- 13. I. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) 77/2004
- 14. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 27.07.1994 mit der Gemeinde Kürten über die Grundstücksentwässerung im Bereich der Ortslage Spitze
 89/2004
- 15. Bericht über die Fluglärmmessungen 2003 73/2004
- 16. Weiterer Betrieb der Fluglärm-Messstation 75/2004
- 17. Sachstandsmitteilung Lärmminderungsplanung 68/2004
- 18. Geplantes Naturschutzgebiet "Tongrube Oberauel"
 Beteiligung/Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach
 90/2004

19. Geplantes Naturschutzgebiet "Tongrube Weiß"
Beteiligung/Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach
91/2004

20. Geplantes Naturschutzgebiet "Königsforst" Beteiligung/Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach 99/2004

21. Klärwerk Beningsfeld; hier: Maßnahmebeschluss zur Optimierung der Stickstoffbelastung (Anpassung der wasserrechtlichen Erlaubnis für das Klärwerk Beningsfeld)

72/2004

- **22.** Klärwerk Beningsfeld; hier: Sanierung der Filtration im Klärwerk Beningsfeld 74/2004
- 23. Regionale 2010 Projekt "Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach" 35/2004
- 24. Auflistung der 2003 gefällten und gepflanzten stadteigenen Bäume 76/2004
- **25. Abfallmengenstatistik 2003** *125/2004*
- **26.** Parkraumbewirtschaftung 108/2004
- 27. Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.10.2003 zur Vorlage eines Erfahrungsberichtes zur Parkraumbewirtschaftung 98/2004
- 28. Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2003 zum Thema Mobilfunk 84/2004
- 29. Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2004 zur Reduzierung der Energiekosten 71/2004
- 30. Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 12.02.04 zur Errichtung von Grünen Pfeilen im Stadtgebiet 112/2004
- 31. Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2004 zu verschiedenen Maßnahmen im Bereich des Verkehrs und des ÖPNV 127/2004
- 32. Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2004 zur Berücksichtigung verschiedener Maßnahmen im Haushalt für 2004

| 1 | ~ | ·/ 🤼 | α | `` |
|---|----------|------|----------|----|
| • | 26 | // | ,,, | 14 |

33. Anfragen der Ausschussmitglieder

- 1. Genehmigung der Niederschrift nichtöffentlicher Teil -
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2003 nichtöffentlicher Teil 97/2004
- 3. Mitteilungen des Vorsitzenden
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 5. Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der Wirtschaftsjahre 2004 und 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach", "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach", "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" und "StadtGrün Bergisch Gladbach" 40/2004
- 6. Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</u>

(a)->

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 29. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der sechsten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Kremer gibt bekannt, dass das Ausschussmitglied Herr Wolfgarten plötzlich verstorben ist. Ausschuss und Verwaltung erheben sich und gedenken Herrn Wolfgartens in einer Schweigeminute.

Sodann beantragt Herr Jung die Vertagung des Tagesordnungspunktes (TOP) A 26: Parkraumbewirtschaftung. Die CDU-Fraktion habe noch Beratungsbedarf.

Frau Ryborsch beantragt, die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (TOP A 32) zusammen mit TOP A 7: Haushaltsplanentwurf 2004 zu behandeln. Weiterhin stellt sie den Dringlichkeitsantrag, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr möge dem Landrat empfehlen, sich für die Schnellbuslinien 31 und 42 einzusetzen. Derzeit befasse sich der Stadtentwicklungsausschuss des Rates der Stadt Köln mit der Einstellung beider Linien.

Der Vorsitzende und Herr Schmickler stellen klar, dass die Zuständigkeitsordnung Angelegenheiten des ÖPNV dem Hauptausschuss zuweist. Dieser tage wieder am 16.03.2004. Somit sei kein unzumutbarer Zeitverlust zu befürchten. Der Hauptausschuss könne dann auch einen Beschluss mit der nötigen Tragkraft fassen. Dies könne der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nicht. Frau Ryborsch hofft darauf, dass dies zeitlich machbar sei.

Herr Dr. Fischer beantragt, über den Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 02.02.2004, den Marktplatz in Refrath zum kostenlosen Parken freizugeben, in der heutigen Sitzung zu entscheiden. Seine Fraktion verspreche sich durch diesen Antrag eine Entlastung der Wohnstraßen im Einzugsbereich des Marktplatzes. Er weist darauf hin, dass der Antrag durch ein Versehen der Verwaltung nicht auf der Tagesordnung stehe.

Der Vorsitzende erklärt, ihm sei dieser Antrag erst am 01.03.2004 zugegangen. (Der Antrag wurde als Tischvorlage verteilt.)

Herr Waldschmidt ist damit einverstanden, dass zum TOP "Parkraumbewirtschaftung" heute kein Beschluss gefasst wird. Da die SPD-Fraktion noch Fragen zu diesem Thema habe, spreche er sich aber für eine Erörterung aus.

Zum TOP A 7 verweist Herr Waldschmidt darauf, dass die Haushaltsansätze – wie in der Vergangenheit üblich – nur zur Kenntnis genommen, aber nicht beschlossen wer-

den sollten.

Weiterhin beantragt er, den TOP A 12: "Haushaltssicherungskonzept – Reduzierung Betriebskostenzuschuss Stadtgrün" vor TOP A 10: "Wirtschaftsplan Stadtgrün" zu beraten. Eine Entscheidung zu TOP A 12 habe je nach Beschluss Einfluss auf den Wirtschaftsplan.

Herr Jung ist damit einverstanden, die Haushaltsplanansätze nur zu beraten und nicht zu beschließen. Der Vertagungsantrag seiner Fraktion schließe auch den Antrag der F.D.P.-Fraktion zum Marktplatz Refrath ein.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion)

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird der TOP A 12 vor TOP A 10 behandelt.

<-(a)

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

(a)->

Herr Waldschmidt verweist darauf, zu TOP A 21 (Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung) der letzten Sitzung seien auf Seite A 16 Ausführungen Herrn Schmicklers zum Handlungsrahmen des Innenministeriums NRW wiedergegeben worden. Er bemängelt, dass das Protokoll seine Anmerkungen nicht enthalte. Er habe die Ausführungen Herrn Schmicklers als falsch dargestellt; diese Ausführungen Herrn Schmicklers seien unzutreffend.

Mit dieser Ergänzung wird die Niederschrift genehmigt.

<-(a)

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2003 - öffentlicher Teil

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-(a)

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

(a)->

Der Vorsitzende trägt keine Mitteilungen vor.

<-(a)

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

(a)->

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

<-(a)

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

hier: Radfahrstreifen im Zuge der Kempener Straße



Herr Waldschmidt erinnert an die langandauernde Planung u. a. der Kempener Straße, von der jetzt auf Wunsch einzelner Anwohner abgewichen werden solle. Außerdem warne die Kreispolizeibehörde in ihrer Stellungnahme davor, die Vorschläge der Verwaltung umzusetzen. Durch diese Vorschläge würden Präzedenzfälle geschaffen. Richtige Vorgehensweise wäre gewesen, hierzu eine Beschlussvorlage zu erstellen. Er beantragt für die SPD-Fraktion, an der beschlossenen Planung für die Kempener und die Paffrather Straße festzuhalten.

Herr Dr. Steffen erinnert daran, er habe für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits verschiedentlich auf gemeingefährliches Parken an diesen Stellen hingewiesen. Seit Einführung des Halteverbotes sei der Missbrauch der Straße als Parkfläche für Kirmesunternehmer weggefallen. Die Halteverbote seien gerechtfertigt; Anlieger hätten kein Recht auf Parkplätze im öffentlichen Straßenraum. Daher unterstütze seine Fraktion den Antrag Herrn Waldschmidts.

Herr Dr. Fischer hält es für die F.D.P.-Fraktion für verwunderlich, dass die Verwaltung durch eine Mitteilungsvorlage einen rechtswidrigen Zustand herbeiführen wolle. Auch er weist auf die Stellungnahme der Kreispolizeibehörde hin.

Herr Jung spricht sich für die CDU-Fraktion für den Vorschlag der Verwaltung aus, versuchsweise die Parkplätze einzurichten. Er sehe in diesem Vorschlag nichts Rechtswidriges; die Verwaltung solle aber dazu Stellung nehmen.

Frau Schneider hält es für die SPD-Fraktion für unverständlich, versuchsweise eine Steigerung der Unfallzahlen hinzunehmen.

Herr Dr. Steffen hält den vorgeschlagenen Versuch auch deshalb für sinnlos, da die Ergebnisse aus dem früheren Zustand der Straße schon bekannt seien.

Frau Ryborsch möchte auch im Hinblick auf die entstehenden Kosten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Beweggründe der Verwaltung dafür wissen, diese Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Widdenhöfer erklärt für die Verwaltung, Hintergrund für die Vorlage seien erhebliche Beschwerden sowohl von Privateigentümern als auch vom REWE-Markt und von Möbel Lenz. Diese würden erhebliche Behinderungen auch bei der Anlieferung geltend machen.

Die Stellungnahme der Kreispolizeibehörde sei erst nach Erstellung der Vorlage bei der Verwaltung eingegangen. Diese Stellungnahme würde von der Verwaltung selbstverständlich ernst genommen. Die Polizei befürchte eine Vorbildwirkung für andere Grundstücke sowie – bezogen auf den REWE-Markt – Sichtbehinderungen.

Die Situation werde während des Versuchs mit der Polizei beobachtet; auf einen Misserfolg werde umgehend reagiert. Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Widdenhöfer, die Verwaltung wolle sich nicht auf eine zeitliche Dauer des Versuches festlegen.

Herr Waldschmidt möchte wissen, ob die Straßenverkehrsbehörde die Auffassung der Kreispolizeibehörde teilt, dass die Legalisierung des Parkens zu einer Steigerung des Unfallaufkommens führen werde. Weiterhin möchte er wissen, was die Verwaltung zu tun gedenke, wenn auch andere Anlieger nach Parkplätzen auf der Straße verlangen würden.

Herr Wenzel sieht für die Fraktion KIDitiative die Möglichkeit, für die Lieferfahrzeuge die Halteverbote in Parkverbote umzuwandeln. Seine Fraktion lehne die Umwandlung des Radfahrstreifens in Parkplätze ab, weil im Falle eines Unfalles der Stadt Bergisch Gladbach angesichts der Stellungnahme der Kreispolizeibehörde Fahrlässigkeit unterstellt werden könne. Er fragt nach der Haftung in einem solchen Fall. Herr Schäfer unterstützt für die SPD-Fraktion diese Auffassung.

Herr Widdenhöfer erklärt, die Straßenverkehrsbehörde teile die Auffassung der Kreispolizeibehörde in der vorgetragenen generellen Form nicht. Schon als die Paffrather und die Kempener Straße noch zugeparkt wurden, seien keine ganz schweren Unfälle passiert. Die Situation sei wesentlich besser als früher. Nach der Auswertung des vorgeschlagenen Versuchs müsse über die weitere Vorgehensweise entschieden werden. Wünsche anderer Anlieger nach Parkplätzen auf der Straße würden derzeit abgelehnt.

Frau Ryborsch verweist darauf, dass die Kempener Straße für Fahrradfahrer ohnehin gefährlich sei. Auch deswegen sei der Versuch abzulehnen.

Frau Schu möchte für die CDU-Fraktion wissen, wie viele Unfälle während der alten Regelung geschahen. Außerdem spricht sie sich für eine zeitliche Begrenzung des Versuches aus.

Herr Dr. Fischer und Frau Schneider sprechen sich dafür aus, dass sich die Verwaltung wegen der unterschiedlichen Auffassungen nochmals mit der Kreispolizeibehörde in Verbindung setzt, um möglicherweise zu einer anderen Stellungnahme der Kreispolizeibehörde zu kommen.

Herr Dr. Steffen beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Widdenhöfer begrenzt die Dauer des Versuches auf maximal drei Monate.

Herr Marx erklärt, die Kempener und die Paffrather Straße wären hinsichtlich ihrer Unfallsituation gleich belastet wie alle anderen Hauptverkehrsstraßen auch. Besondere Unfallschwerpunkte gebe es nicht.

Der Sachbearbeiter der Kreispolizeibehörde sei der kompetente und richtige Sachbearbeiter. Gleichwohl schließe dies unterschiedliche Entscheidungen nicht aus.

Herr Marx weist außerdem darauf hin, dass der Fahrradverkehr auf der Kempener Straße verhältnismäßig gering sei.

Herr Jung akzeptiert die Begrenzung des Versuches auf drei Monate und bittet um Vorlage eines Zwischenberichtes in der nächsten Sitzung.

Herr Schneeloch fragt für die SPD-Fraktion nach den Kosten dieses Versuches. Diese Frage beantwortet Herr Marx dahin gehend, dass für sechs Masten und Schilder ca. 200 € anfallen. Markierungen erfolgen nicht.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (in namentlicher Abstimmung mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-

Fraktion gegen acht Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Antrag der SPD-Fraktion, den gegenwärtigen beschlossenen Zustand zu belassen, wird abgelehnt.

Es stimmten wie folgt:

Herr Dr. Fischer: ja Herr Heutz: nein Herr Jung: nein Herr Dr. Kassner: nein Herr Kierspel: nein Herr Kremer: nein Frau Reudenbach: nein Frau Ryborsch: ja Herr Sacher: nein Herr Schäfer: ia Herr Schneeloch: ja Frau Schneider: ja Frau Schu: nein Herr Sprenger: nein Herr Dr. Steffen: ja Herr Waldschmidt: ia Herr Wenzel· ja Herr Willnecker: nein

<-(a)

6 <u>Feststellung des Jahresabschlusses 2002 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach"</u>



Herr Dr. Steffen beantragt die getrennte Abstimmung des Punktes 3 von den beiden übrigen Punkten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne Punkt 3 des Beschlussvorschlages nicht zustimmen, da die Entnahme des Jahresverlustes 2002 aus dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke dazu führe, den Betrieb auszuzehren. Die Abschreibungen müssten erwirtschaftet werden, da der Betrieb sonst über kurz oder lang finanziell am Ende sei. Dies liege nicht im Interesse der Stadt.

Herr Waldschmidt fragt ergänzend nach der Auffassung des Wirtschaftsprüfers für den Fall, dass fortgesetzte Verluste des Betriebes immer dem Rücklagekapital entnommen werden. Er befürchte ebenfalls, dass der Betrieb irgendwann aufgezehrt sei.

Herr Schäfer hält den starken Rückgang bei den Aufwendungen für die Stadtbildpflege für auffällig. Er fragt nach den Hintergründen für die Einsparungen in Höhe von $80\,\%$

Herr Dr. Fischer möchte unter Hinweis auf Seite 21, Zeile 4, wissen, warum die "Sonstigen betrieblichen Erträge" um fast das Dreifache gestiegen seien. Weiterhin möchte er den Unterschied zwischen dem Personalaufwand zzgl. Fremdfirmen für den Betriebsaufwand und dem Personalaufwand für den Geschäftsaufwand wissen.

Für die F.D.P.-Fraktion beantragt er, zukünftig für alle eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen die wichtigsten Kennzahlen des Jahresabschlusses denen des Wirtschaftsplanes gegenüberzustellen. Es sei sehr mühsam herauszufinden, wie der Betrieb im Verhältnis zur Planung tatsächlich gearbeitet habe. Diese Gegenüberstellung solle nicht mehr als eine Seite umfassen und Angaben zum Gesamtumsatz, Gewinn oder Verlust, Betriebszuschuss und Änderungen der Vermögensverhältnisse sowie der Tilgung und der neu aufgenommenen Darlehen enthalten.

Diese Auffassungen werden allseitig unterstützt.

Herr Stoeber weist darauf hin, dass bei der Auslagerung des Bereiches Stadtgrün in ein Sondervermögen von Anfang an geplant wurde, dass die Abschreibungen als Aufwandskomponente erscheinen. Daher wurden bereits bei der Auslagerung Rücklagen in möglichst deutlicher Höhe gebildet, um für einen nennenswerten Zeitraum ein finanzielles Polster zur Verfügung zu haben. Aus diesem Polster sollten Verluste abgedeckt werden. Dies könne natürlich nicht auf Dauer erfolgen, da der Rücklagenbetrag begrenzt sei. Bei Neuinvestitionen müssen die Abschreibungen auf Dauer verdient werden.

Herr Sterzenbach erklärt, dass Ausschuss und Rat außer der Reihe bestimmte Beträge für die Stadtbildpflege zur Verfügung gestellt haben. Dies sei eine einmalige Angelegenheit; die Beträge seien verbraucht.

Herr Bertram ergänzt, dass der Betriebsaufwand den Arbeiterbereich umfasst, während im Geschäftsaufwand über die Personalkosten im Grünflächenbereich hinaus auch anteilige Personalkosten des Fachbereiches enthalten sind.

Herr Dr. Kassner verweist auf die beiden Geschäftszweige des Betriebes Stadtgrün. Die Friedhöfe würden weitestgehend durch Gebühren finanziert, während für die Grünpflege keine Einnahmen erzielt würden. Die Grünpflege schließe mit einem Verlust von 245.000 € ab. Es werde kein Verlustausgleich durchgeführt, vielmehr werde der Verlust aus dem Eigenkapital ausgeglichen. Ihm stelle sich die Frage, wie mittelfristig durch den Verkauf von Flächen ein Verlustausgleich erfolgen könne.

Herr Stoeber verweist ebenfalls auf das erhebliche Vermögen. Die Zinsbelastung für Fremdkapital halte sich in Grenzen. Anfallende Verluste werden gegen die Rücklagen verrechnet. Dies sei schon bei der Ausgliederung so eingeplant gewesen, um auf Dauer einem ausgeglichenen Ergebnis näher zu kommen.

Der Vorsitzende, Herr Kremer, stellt fest, dass der Antrag Herrn Dr. Fischers auf breite Zustimmung im Ausschuss stoße. Die Verwaltung habe bereits signalisiert, so zu verfahren.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (einstimmig)



Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2002 in Aktiva und Passiva mit

21.367.757,90 €,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von

274.004,06 €,

- 2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2002 festzustellen.
 - 2. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei einer Enthaltung der Fraktion KIDitiative gegen sechs Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW zu beschließen:

3. Der Jahresverlust 2002 wird dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

Sodann verlässt Herr Dr. Steffen den Sitzungsraum; er wird durch Herrn Ziffus ersetzt. Dieser wird durch den Vorsitzenden herzlich begrüßt.

Herr Ziffus bedankt sich besonders für die ihm zugekommenen Genesungswünsche.



7 Haushaltsplanentwurf 2004



Der Vorsitzende, Herr Kremer, weist darauf hin, dass dieser Punkt beraten, aber nicht beschlossen werden soll.

Nach kurzer Diskussion wird über eine getrennte Beratung der TOPs 7 (Haushaltsplanberatung), A 29 und A 32 (verschiedene Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einvernehmen erzielt.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, welches Fahrzeug für 40.903 € beschafft werden soll

Herr Bertram erklärt, es handele sich um ein Fahrzeug für den Sportbereich. Der Betriebshof beschaffe dienstleistend für die gesamte Verwaltung Fahrzeuge. Herr Sterzenbach ergänzt, diese Vorgehensweise beruhe auf der Betriebssatzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb. Genaue Angaben, um welches Fahrzeug es sich handele, müssten im Rahmen der Niederschrift nachgereicht werden.

(Anmerkung: Es handelt sich um ein Fahrzeug für das Sportamt [4-401] als Ersatz für das abgeschriebene Fahrzeug GL 2237 [Daimler-Chrysler MB 100, Bj. 1993].)

Herr Ziffus macht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf aufmerksam, dass hohen Einnahmen sowie einem hohen Bestand im Rahmen der Ausgleichszahlungen relativ geringe Ausgaben gegenüberstünden. Er möchte wissen, ob hier nicht

höhere Ausgaben möglich seien. Er könne sich durchaus vorstellen, an mehreren Stellen im Stadtgebiet Anpflanzungen in Straßen vorzunehmen.

Herr Sterzenbach entgegnet, dass seines Wissens die Ausgleichszahlungen nicht für die Pflanzung städtischer Bäume in Anspruch genommen werden dürfen. Er erinnert an zwei Pflanzaktionen der Bürgerschaft, die aus Mitteln der Baumschutzsatzung bezuschusst wurden.

Frau Ryborsch fragt nach der zukünftigen organisatorischen Zuordnung des Energiebeauftragten. Weiterhin fragt sie nach der Beteiligung Baukosten Verkehrsbauwerk Bensberg, für die 2003 keine Veranschlagung erfolgte. Schließlich möchte sie wissen, was sich hinter dem Ansatz "Rationelle Energie- und Wasserverwendungsmaßnahmen" verbirgt. Hier könne sie sich Maßnahmen für mehr als 2.000 € im Verwaltungshaushalt vorstellen.

Herr Sterzenbach weist darauf hin, dass der Ansatz für das Verkehrsbauwerk auf Seite 47 oben erläutert werde. Eine Änderung der organisatorischen Zuordnung des Energiebeauftragten sei nicht beabsichtigt. Herr Ricking nehme Querschnittsaufgaben wahr, die eine Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Fachbereichen erfordere. Der Ansatz zur rationellen Energie- und Wasserverwendung entspreche dem, was im Haushalt möglich sei. Erfasst würden nur Maßnahmen, die nicht an anderer Stelle, z. B. im Hochbau, veranlagt würden.

Herr Waldschmidt möchte wissen, welche Erlöse für die Lärmmessstation zu erzielen seien. Außerdem fragt er danach, was sich hinter den veranschlagten Einnahmen in Höhe von 1.534 € im Vermögenshaushalt verbirgt.

Herr Sterzenbach teilt mit, dass es sich beim letztgenannten Betrag um Verkaufserlöse für ein gebrauchtes Kfz handelt. Für die Lärmmessstation sei ein Betrag von etwa 13.000 − 14.000 € zu erzielen.

Auf Anfrage Herrn Dr. Kassners erklärt Herr Schmickler, dass die Genehmigung für die Maßnahme "Busbahnhof Bergisch Gladbach" vorliege; der Hauptausschuss sei hierüber unterrichtet worden.



Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr berät die nachstehend aufgeführten Ansätze entsprechend dem Haushaltsplanentwurf/Haushaltsbuchentwurf 2004 unter Berücksichtigung der Eckpunkte des Haushaltssicherungskonzeptes und leitet sie in der vorgestellten Fassung zur weiteren Beratung an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss weiter.

<-(a)

8

Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004



Herr Waldschmidt spricht die Erhöhung der Abwassergebühren an, die sich durch die Entnahme eines Betrages von 4 Mio. € aus dem Betrieb niederschlage. Herr Schmickler habe dies mit einer aufsichtsbehördlichen Anordnung begründet. Er habe Herrn Schmickler daraufhin gebeten, ihm diese Anordnung zur Verfügung zu stellen. Als Anlage zu einem Schreiben vom 16.12.2003 habe er den Handlungsrahmen zur

Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten erhalten. Auf Seite 3 Ziffer 5 des Handlungsrahmens sei verwiesen worden. Herr Waldschmidt zitiert aus dem Handlungsrahmen: "Der Zuschussbedarf der kostenrechnenden Einrichtungen ist konsequent durch Ausgabenreduzierungen oder Einnahmeerhöhungen zu begrenzen." Das Abwasserwerk habe keinen Zuschussbedarf. In der Vergangenheit wurden immer kostendeckende Gebühren erhoben. Schon deshalb decke die zitierte Passage nicht Herrn Schmicklers Argumentation.

Weiterhin sei der Handlungsrahmen auch nur als solcher zu verstehen. Er überlassen den Kommunen ausdrücklich Handlungsspielräume. Daher möchte er von Herrn Schmickler wissen, wo es eine aufsichtsbehördliche Verordnung, Anweisung oder ähnliches gebe, die eine kalkulatorische Verzinsung von 8 % verlange.

Frau Schneider lehnt für die SPD-Fraktion die Einsparung von 450.000 € durch einen Verzicht auf die Bachumlegung am Refrather Kahnweiher ab. Sie halte die Maßnahme auch weiterhin für sinnvoll, zumal es sich um das einzige Vorzeigeprojekt der Lokalen Agenda handele, das mit den Bürgern zusammen entwickelt worden sei. Der Rat habe sich seinerzeit selbst zur Vornahme einer Ausgleichsmaßnahme an dieser Stelle verpflichtet. Nun sei an anderer Stelle eine Ausgleichsmaßnahme erforderlich, die ihrerseits Ausgaben nach sich ziehe.

Herr Ziffus schließt sich den Ausführungen Frau Schneiders an und verweist auf die Verbesserung der Wasserqualität, die durch die Maßnahme erreicht werden sollte. Anschließend geht er auf den Gewässerbericht der Firma Nardus aus dem Jahr 2002 ein. Die Maßnahme sei auch erforderlich, weil das Abwasserwerk durch die Einleitungen aus der Mischwasserkanalisation den Bach belaste.

Herr Dr. Fischer lehnt für die F.D.P.-Fraktion den Wirtschaftsplan in der vorgelegten Form ab. Die im Dezember 2003 vorgelegte Kalkulation der Wasserkosten sei mit dem Wirtschaftsplan nicht in Deckung zu bringen. Im Finanzplan für 2004 war ein Überschuss von 1 Mio. € vorgesehen. Aus dem gültigen Wirtschaftsplan könne ein Überschuss von 500.000 € errechnet werden. Die jetzt erstellte Zusammenstellung zeige einen verbleibenden Überschuss von 2,8 Mio. €. Dieser müsse den Bürgern zurückgegeben werden; die Erhöhung der Abwasserkosten sei überzogen. Seine Fraktion halte eine kostendeckende Gebühr für ausreichend; zukünftige Investitionen sollten durch Darlehen oder ähnliches finanziert werden. Nach alledem beantragt er, die Abwassergebühr auf etwa 2,31 € zu senken.

Abschließend kritisiert er, dass ein städtischer Mitarbeiter Grundstückseigentümer geraten hätte, die für die Regenwassergebühr maßgeblichen versiegelten Flächen auf ihren Grundstücken zu schätzen; später könnten sie ja gegen die Schätzung Widerspruch erheben. Dies sei keine akzeptable Vorgehensweise.

Herr Schäfer möchte wissen, ob vor einer Einsparung beim Kahnweiher nicht erst ein Beschluss aufgehoben werden müsse. Der Bau sei so beschlossen worden.

Herr Dr. Kassner verweist für die CDU-Fraktion darauf, dass es hier nicht um den Wirtschaftsplan als Ganzes gehe, sondern lediglich um eine Änderungsliste. Die Problematik hinsichtlich der Flächenschätzung sei hinlänglich bekannt gewesen. Die Verwaltung habe keine Möglichkeiten, in absehbarer Zeit alle Grundstücke zu vermessen. Gleichwohl sei die Äußerung des Sachbearbeiters nicht angemessen.

Die CDU-Fraktion stimme den Änderungsanträgen insbesondere auch zum Kahnweiher und den sich daraus ergebenden Unterhaltungsmaßnahmen zu. Die Maßnahme

Kahnweiher sei ehedem als Ausgleichsmaßnahme für den Bebauungsplan Steinbreche beschlossen worden. Der Planungsausschuss habe mehrheitlich beschlossen, den Bebauungsplan hinsichtlich der Ausgleichsmaßnahme zu ändern. Die Refrather Bevölkerung habe dem Kahnweiher erheblichen Widerstand entgegengesetzt. Die Verschmutzung entstehe auch nicht am Kahnweiher, sondern im Kadettenweiher und im Saalermühlenteich.

Herr Schmickler verweist zur Kritik Herrn Dr. Fischers darauf, dass die Ermittlungen Pflicht der Grundstückseigentümer seien.

Zu den Äußerungen Herrn Waldschmidts verweist er darauf, dass der Handlungsrahmen vorschreibe, dass in klassischen Gebührenhaushalten keine Unterdeckungen entstehen dürfen. Im Abwasserbereich werde der Regenwassersektor immer noch zu 35 % aus dem Straßenbauetat finanziert. Hierbei handele es sich um Steuermittel der Stadt. Ein erheblicher Teil des Regenwasserbereiches werde somit nicht aus Gebühren finanziert. Der Handlungsrahmen schreibe weiter vor, dass sich die Kalkulationsgrundlagen an den betriebswirtschaftlich und rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausrichten müssten. Dies betreffe u. a. die kalkulatorischen Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen.

Die Grundsituation sei so, dass sich die Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Einzelmaßnahmen grundsätzlich bedeckt halten. Vorgegeben würde ein bestimmtes Ziel. Der kalkulatorische Zinssatz liege deshalb über dem marktüblichen Zinssatz, weil dieser Zinssatz eine langfristige Zinsentwicklung über 20 oder 30 Jahre berücksichtigen müsse. Wenn das Ziel nur erreicht werden könne, in dem der vorgegebene Rahmen ausgeschöpft wird, habe die Verwaltung keine Wahl.

Herr Ziffus verweist darauf, dass auch die Möglichkeit einer Erhöhung der Grundsteuer bestand. Dadurch wären stärker Besserverdienende betroffen gewesen. Die Erhöhung der Abwassergebühren treffe dagegen breitere Bevölkerungskreise. Herr Schmickler erinnert an die beschlossene Erhöhung der Grundsteuer. Grundsatz sei, dass eine Gemeinde vorrangig Gebühren und Beiträge zur Finanzierung heranziehen soll und erst nachrangig Steuern.

Herr Waldschmidt bestreitet eine rechtliche Verpflichtung zur Erhebung von kalkulatorischen Zinsen in Höhe von 8 %. Dies sei allein eine politische Entscheidung. Dagegen habe sich die SPD-Fraktion gewehrt, weil sie darin eine soziale Schieflage sehe.

Herr Dr. Kassner ist der Auffassung, eine Erhöhung der Grundsteuer treffe durch ihre Umlegung auf die Mieter genauso breite Kreise wie eine Erhöhung der Abwassergebühr. Er teile die Auffassung Herrn Schmicklers hinsichtlich des Vorgehens der Aufsichtbehörden.

Herr Schneeloch beantragt namentliche Abstimmung.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

<u>Beschlüsse:</u> 1. (mehrheitlich mit neun Stimmen aus der CDU-Fraktion bei drei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und aus der CDU-Fraktion)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion wird angelehnt.

2. (mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion)



Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2004 in der dem Rat am 13.11.2003 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 zur Beratung vorgelegten Änderungen zu beschließen.

Es stimmten wie folgt:

| Herr Dr. Fischer: | nein |
|-------------------|------|
| Herr Heutz: | ja |
| Herr Jung: | ja |
| Herr Dr. Kassner: | ja |
| Herr Kierspel: | ja |
| Herr Kremer: | ja |
| Frau Reudenbach: | ja |
| Frau Ryborsch: | nein |
| Herr Sacher: | ja |
| Herr Schäfer: | nein |
| Herr Schneeloch: | nein |
| Frau Schneider: | nein |
| Frau Schu: | ja |
| Herr Sprenger: | ja |
| Herr Waldschmidt: | nein |
| Herr Wenzel: | nein |
| Herr Willnecker: | ja |
| Herr Ziffus: | nein |
| | |

<-@

9 <u>Neufassung des Wirtschaftsplanes des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr</u> 2004



Herr Dr. Fischer sieht als Grund für die steigenden Abfallgebühren die sinkenden DSD-Erträge. Angesichts weiter sinkender DSD-Erträge möchte er wissen, ob der Service der DSD-Abfuhr für die Stadt überhaupt noch ein Geschäft sei. Mache die Stadt dabei Verluste, solle sie überlegen, ob sie dieses Geschäft noch weiter betreibt. Er erbittet die Vorlage einer Kalkulation, aus der dies ersichtlich ist.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass sich der Kostenbeitrag der DSD aus den bekannten Gründen verringert hat. Dies könne die Stadt nicht beeinflussen. Die Stadt werde einen Ausstieg aus dem DSD vorschlagen, wenn sich dies zu einem Verlustgeschäft entwickele. Dies sei aber derzeit nicht der Fall.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-<u>(a</u>

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2004 in der als Anlage beigefügten Fassung festzustellen.

<-(a)

10 <u>Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch</u> Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004



Auf Anfrage Herrn Waldschmidts erklärt Herr Sterzenbach, auch bei einer Vertagung des TOP A 12 könne zum Wirtschaftsplan ein Beschluss gefasst werden, allerdings werde die Erreichung des Planansatzes bei Verkaufserlösen schwieriger.

Herr Waldschmidt verweist darauf, dass auf Seite 107 der Einladung Verkaufserlöse in Höhe von 250.000 € aus Verkäufen von Grundstücken aus dem Grünflächenkataster angegeben wurden. Dies könne so nicht beschlossen werden.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, wie viele Grundstücke in m² verkauft werden müssten, damit Stadtgrün 115.000 € an Betriebskosten einspart. Dies könne über die Durchschnittspflegekosten/m² ermittelt werden.

Herr Sterzenbach erklärt, bei den dargestellten Ansätzen handele es sich um Zielvorgaben, wie sie in allen Wirtschaftsplänen getroffen würden. Ob diese Ansätze erreicht würden, ergebe sich erst aus dem Abschluss.

Sofern alle in den beiden Listen genannten Grundstücke verkauft würden, würden bei den Pflegekosten jährlich rund 19.000 € erspart.

Herr Dr. Fischer merkt an, dass die einzusparenden 115.000 € nur erreicht werden können, wenn etwa die sechsfache Menge an Grundstücken verkauft würde.

Herr Ziffus erklärt, seine Fraktion stimme dem Wirtschaftsplan nicht zu. Zum einen enthalte er nicht die Maßnahme Kahnweiher, zum anderen sei auch die entsprechende Umgestaltung der Spielplätze nicht enthalten. Dennoch würden entsprechende Kosten

für die Neugestaltung des Spielplatzes entstehen. Es würden keine Abschreibungen erwirtschaftet.

Er halte es für absurd zu hoffen, auf Dauer durch Vermögensverzehr einen Ausgleich herbeizuführen. Außer den bereits behandelten Grundstücken verfüge Stadtgrün über keine vermarktbaren Ressourcen.

Hierzu erklärt Herr Sterzenbach, der Wirtschaftsplan enthalte die Maßnahme Kahnweiher. In der Vorlage sei der Antrag der CDU-Fraktion zu Einsparungen enthalten.

Herr Dr. Kassner erklärt, dies sei einer der Gründe, warum die CDU-Fraktion der Vorlage zustimme. Es gelte nach wie vor die Zielvorgabe zum Verkauf einzelner Grundstücke. Er sieht noch weitere Einsparmöglichkeiten durch eine Reduzierung der Pflege verkaufter Grundstücke und den Einbau eines graphischen Informationssystems.

Frau Schneider lehnt den Wirtschaftsplan u. a. wegen des beabsichtigten Verzichts

auf die Bachumlegung am Kahnweiher ab. Abgesehen davon könne durch diesen Verzicht keine Einsparung in Höhe von 450.000 € erzielt werden, da 80.000 € für die Entschlammung u. ä. anfallen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

<u>Beschluss:</u> (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei einer Enthaltung der Fraktion KIDitiative)

<-(a)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach" für das Jahr 2004 in der dem Rat am 13.11.2003 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 zur Beratung vorgelegten Änderungen zu beschließen.

<-(a)

11 <u>Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2004</u>



Herr Waldschmidt lehnt für seine Fraktion den Wirtschaftsplan ab. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass der Umbau der Haltestelle Markt zum wiederholten Male verschoben wird. Diese Haltestelle sei die wichtigste im Stadtgebiet.

Herr Jung verweist auf die gegenwärtige Finanzlage und erklärt, auch seine Fraktion sei dafür, die Haltestelle baldmöglichst umzubauen. Aber dieses Jahr sei dies nicht möglich. Er vermisse in diesem Zusammenhang einen Deckungsvorschlag der SPD-Fraktion.

Herr Dr. Fischer fragt nach einem möglichen Zusammenhang zwischen dem Kaufpreis für die Überführung Tannenbergstraße (S. 280) und der Darlehensaufnahme (S. 293). Weiterhin möchte er wissen, ob der Kauf des benötigten Grundstückes nicht im Rahmen des Eisenbahnkreuzungsgesetzes ersetzt werde.

Herr Wenzel erklärt sein Unverständnis darüber, dass die CDU-Fraktion einerseits nicht bereit war, aus finanziellen Gründen vorübergehend auf die Stadtpergola am Busbahnhof zu verzichten, andererseits aber eine so wichtige Maßnahme wie den Umbau der Haltestelle Markt hinauszögere. Er beantragt, über die Verschiebung des Umbaus der Haltestelle Markt getrennt abzustimmen.

Herr Waldschmidt kritisiert, dass die Ausgaben für die Stadtverkehrsgesellschaft in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen stünden. Hier habe die Stadt im Hinblick auf den Umbau der Haltestelle Markt falsche Prioritäten gesetzt.

Frau Schneider beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Hardt erklärt, das zu erwerbende Grundstück Tannenbergstraße sei wesentlich größer als die für die Trasse benötigte Fläche. Die Verwaltung hoffe, die nicht benötigten Restflächen zu einem späteren Zeitpunkt vermarkten zu können. Die für die

Trasse benötigte Teilfläche würde im Rahmen des Eisenbahnkreuzungsgesetzes bezuschusst.

Zur Haltestelle Markt führt er aus, dass auf jeden Fall die Sanierung der Straße vorgesehen sei. Die Verwaltung versuche darüber hinaus eine Verschiebung der Achse, um zu einer Verbesserung für die Fußgänger und wartenden ÖPNV-Nutzer zu kommen. Dies könne er aber nicht garantieren.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

<u>Beschlüsse:</u> 1. (in namentlicher Abstimmung mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion)

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird der Neubau der Bushaltestelle am Marktplatz verschoben.

Es stimmten wie folgt:

Herr Dr. Fischer: Enthaltung Herr Heutz: ja Herr Jung: ja Herr Dr. Kassner: ia Herr Kierspel: ja Herr Kremer: ja Frau Reudenbach: ia Frau Ryborsch: nein Herr Sacher: ja Herr Schäfer: nein Herr Schneeloch: nein Frau Schneider: nein Frau Schu: ja Herr Sprenger: ja Herr Waldschmidt: nein Herr Wenzel: nein Herr Willnecker: ja Herr Ziffus: nein

2. (mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion)



Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Jahr 2004 in der dem Rat am 13.11.2003 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 zur Beratung vorgelegten Änderungen zu beschließen.

<-(a)

12 Haushaltssicherungskonzept

Reduzierung Betriebskostenzuschuss StadtGrün



(Anmerkung: Zu diesem TOP wurde den Ausschussmitgliedern eine geänderte und ergänzte Vorlage zugeschickt. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Herr Waldschmidt beantragt zu einzelnen Grundstücken getrennte Abstimmung. Im Einzelnen handele es sich bei den Grundstücken 2, 4 und 5 aus dem Vermögen von Stadtgrün um Spielplätze, die nicht verkauft werden sollten. Über diese Grundstücke sollte vor einer Beschlussfassung in diesem Ausschuss der Jugendhilfeausschuss beraten. Dem Verkauf der Grundstücke 12 und 13 aus dem Vermögen von Stadtgrün könne die SPD-Fraktion ebenfalls nicht zustimmen.

Gegen einen Verkauf der Grundstücke aus dem Vermögen "Verkehrsflächen" bestünden keine Bedenken, sofern ein Erhalt der auf den Grundstücken befindlichen Bäume vertraglich vereinbart wird.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass der B-Plan für das Grundstück 1 der Liste "Stadtgrün" eine Grünfläche vorsehe. Er möchte wissen, ob sich dieser Ausschuss ohne weiteres über die Festsetzungen eines B-Planes hinwegsetzen könne. Die Grundstücke 4 und 5 derselben Liste halte er als Spielflächen für ungeeignet. Auf der großen Wiese habe sich zudem vor Jahren eine große Baugrube befunden. Dort seien Leitungen verlegt worden. Er bezweifele, ob dieses Grundstück ohne weiteres verkauft werden könne.

Das Grundstück 8 sei stadtbildprägend. Es gehöre zur Burganlage; dort befinde sich ebenfalls ein Spielplatz. Hinsichtlich des Grundstückes 9 erinnert er an seine Vorschläge zur Verbreiterung der Steinstraße auf 16 m, damit in dieser Straße zwei Busspuren angelegt werden können. Der dafür erforderliche 4 m breite Streifen solle im Eigentum der Stadt verbleiben. Seine Fraktion lehne einen Verkauf der beiden letztgenannten Grundstücke ab.

Aus der Liste "Verkehrsflächen" lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls den Verkauf der Grundstücke 8 und 9 ab. Unter dem Grundstück 8 liege der Saaler Mühlenbach. Auf diesem Grundstück könne der Bach als straßenbegleitende Rinne geöffnet werden. Ähnliches gelte auch für das Grundstück 9. Dort könne eine Allee angelegt werden.

Herr Sterzenbach verweist darauf, dass der vorgeschlagene Beschluss nicht unmittelbar zu notariellen Kaufverträgen führe. Grundsätzlich solle die Zustimmung des Ausschusses zu einer Aufgabe des Verwendungszweckes der genannten Grundstücke eingeholt werden. Die Einzelheiten sollen erst nach einem Beschluss geklärt werden. Sollten bei einzelnen Flächen Schwierigkeiten auftreten, würde der Ausschuss ohnehin nochmals mit der Angelegenheit befasst.

Herr Dr. Fischer möchte vermeiden, dass sich nach einem Beschluss die Angelegenheit zu einem Selbstläufer entwickelt und dieser Ausschuss dann gar nicht mehr mit der Angelegenheit befasst wird.

Er möchte wissen, inwieweit andere kleinere Flächen, die nicht in den Listen erscheinen, einem Verkauf zugeführt werden können. Ihm sei bekannt, dass für eine Fläche im Bereich Ferdinand-Stucker-Straße/ Heidplätzchen ein Kaufinteresse besteht.

Herr Schäfer fragt nach dem Verwendungszweck der Fläche 3 aus der Liste "Stadt-

grün".

Herr Jung regt an, solchen Vorlagen der Übersichtlichkeit halber zukünftig Pläne beizufügen.

Herr Dr. Kassner hat die Vorlage so verstanden, dass vor einem Verkauf noch ein endgültiger Beschluss gefasst wird.

Dem Vorschlag der SPD-Fraktion zu den Grundstücken 2, 4 und 5 der Liste "Stadtgrün" stimme die CDU-Fraktion zu. Einem Verkauf der übrigen Grundstücke könne die CDU-Fraktion grundsätzlich zustimmen. Den von der SPD-Fraktion gewünschten Erhalt aller Bäume auf den Grundstücken der Liste "Verkehrsflächen" lehne seine Fraktion allerdings ab. Dies würde die Vermarktung außerordentlich mindern.

Herr Kierspel stimmt dem Verkauf der Grundstücke zu, da zum Teil die Flächen nicht gepflegt würden. Weiterhin regt er an, zukünftig jährlich eine oder zwei Besichtigungen durchzuführen. Dafür sei diese Vorlage ein guter Anlass.

Herr Kierspel spricht sich auch dafür aus, besonders bei den Grundstücken aus der Liste "Verkehrsflächen" zu prüfen, welcher Verwendungszweck mit einem Kauf bezweckt werde. Je nach Verwendungszweck könne er einem Verkauf nicht zustimmen.

Frau Schu beantragt die Vertagung dieses Punktes. Sie erklärt, dass ihr die Begründung der Vorlage nicht ausreiche.

Herr Schmickler spricht sich dafür aus, den konkreten Vorschlägen hinsichtlich einer Beratung im Jugendhilfeausschuss zu folgen. Die Verwaltung werde selbstverständlich den Gründen, die einem Verkauf entgegenstehen, nachgehen. Weiterhin bitte er um klare Aussagen zu Flächen, deren Verkauf vom Ausschuss abgelehnt werde. Zu diesen Grundstücken brauche sich die Verwaltung keine Arbeit mehr zu machen. Alles andere könne zur nächsten Sitzung geklärt werden.

Herr Waldschmidt schließt sich der Vertagung an.

Herr Ziffus schließt sich dem Vorschlag Herrn Kierspels an, zumindest für die Umweltsprecher und einen Vertreter der Verwaltung eine Rundfahrt zu organisieren.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen eine Stimme aus der CDU-Fraktion)

Die Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt wird vertagt.



Der Ausschuss beschließt, die in der Grundstücksliste aufgeführten Grundstücke für die Vermarktung freizugeben.



13 <u>I. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt</u>
<u>Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss</u>
an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)



Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-<u>(a)</u>

<u>@</u>->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die I. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) gemäß der beigefügten Vorlage zu beschließen.

<-(a)

14 Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 27.07.1994 mit der Gemeinde Kürten über die Grundstücksentwässerung im Bereich der Ortslage Spitze

<u>@</u>->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-(a)

 $\overline{a} >$

Der Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 27.07.1994 mit der Gemeinde Kürten über die Entwässerung von Grundstücken im Bereich der Ortslage Spitze wird in der beigefügten Fassung zugestimmt.

<-(a)

15 Bericht über die Fluglärmmessungen 2003 und

16 Weiterer Betrieb der Fluglärm-Messstation

<u>@</u>->

Im Ausschuss bestand darüber Einvernehmen, beide Punkte gemeinsam zu beraten.

Frau Ryborsch begrüßt, dass die Stadt nach wie vor eigene Messungen vornehmen könne. Sie verweist auf die unterschiedlichen Ergebnisse der Messstationen der Stadt und des Flughafens vor allem im Hinblick auf die Belastungen durch Nachtflüge. Nachts betrage der Lärmpegel bis zu 70 dB. Dies werde vom Flughafen bestritten. Auch die Zahl der Flugbewegungen nehme zu. Eine weitere Belastung sei durch die Billigflieger zu befürchten. Die Kosten von 20.000 € seien in Anbetracht der Ergebnisse gut angelegt und sollten nicht eingespart werden. Sie begrüße auch die Fortführungen der Messungen durch die Lärmschutzgemeinschaft, befürchte aber, dass die Gemeinschaft auf Dauer überfordert sei.

Herr Waldschmidt fragt nach dem Nutzen der Lärmmessungen. Nach seiner Kenntnis werden die Messergebnisse lediglich in die Fluglärmkommission eingebracht und dort zur Kenntnis genommen. Ihm erscheine dies angesichts der Haushaltslage nicht genug.

Herr Sterzenbach verweist darauf, dass Frau Opladen nicht nur Vorsitzende der Fluglärmkommission sei, sondern als deren Mitglied auch die Interessen der Stadt dort wahrnehme. In dem Zusammenhang habe sich die Messstation bewährt und sich insbesondere auf die Messungen des Flughafens ausgewirkt.

Auf Anfrage Herrn Sachers erklärt Herr Sterzenbach, dass der Flughafen bis zum Jahr 2015 eine im Prinzip uneingeschränkte Nachtflugerlaubnis habe. Diese Erlaubnis sei vom zuständigen Landesverkehrsministerium erteilt worden.

Frau Ryborsch verweist auf die jahrelangen Bemühungen der Lärmschutzgemeinschaft, gegen den Nachtfluglärm vorzugehen. Die Messstation sei die einzige private bzw. kommunale Anlage, die gerichtsverwertbare Daten liefere.

Herr Dr. Fischer hält es für wichtig, dass die Messergebnisse der beiden Stationen in Einklang gebracht werden. Nur verlässliche Daten könnten Grenzwerten gegenübergestellt werden, um daraus Schlüsse zu ziehen und auf den Flughafen einzuwirken. Die Verwaltung solle in dieser Richtung aktiv werden. Der Betrieb der Station durch Ehrenamtler werde von seiner Fraktion begrüßt.

Herr Waldschmidt spricht sich ebenfalls für den Betrieb der Messstation durch die Lärmschutzgemeinschaft aus. Auf seine Anfrage erklärt Herr Sterzenbach, die Lärmschutzgemeinschaft habe an einem Erwerb der Messstation kein Interesse.

Der Vorsitzende erklärt im Einverständnis mit Herrn Waldschmidt, die Verwaltung möge dies nochmals prüfen und in der nächsten Sitzung ggf. über das Ergebnis berichten.

<-(a)

17 <u>Sachstandsmitteilung Lärmminderungsplanung</u>



Frau Schneider verweist auf bereits fertig gestellte Schallimmissionspläne. Herr Sterzenbach sagt auf ihre Anfrage zu, diese Pläne zur Verfügung zu stellen.

Ansonsten wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

<-(a)

18 <u>Geplantes Naturschutzgebiet "Tongrube Oberauel"</u> <u>Beteiligung/Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach</u>



Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-<u>(a)</u>

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die nachfolgend unter 3 (kursiv) aufgeführte Stellungnahme zur beabsichtigten Ausweisung des genannten Gebietes als Naturschutzgebiet.

<-(a)

19 <u>Geplantes Naturschutzgebiet "Tongrube Weiß"</u> Beteiligung/Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach (a)->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-<u>(a)</u>

<u>@</u>->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die nachfolgend unter 3 (kursiv) aufgeführte Stellungnahme zur beabsichtigten Ausweisung des genannten Gebietes als Naturschutzgebiet.

<-(a)

20 <u>Geplantes Naturschutzgebiet "Königsforst"</u> Beteiligung/Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach

(a)->

Frau Ryborsch beantragt getrennte Abstimmung, da ihre Fraktion gegen die Freihaltung des Streifens für die Erweiterung der Autobahn und auch gegen den Hinweis auf die vorhandene Bebauung sei. Letzteres sei ohnehin Rechtslage im Naturschutzgesetz.

Auf Anfrage Herrn Waldschmidts erklärt Herr Schmickler, es sei ein Unterschied, ob Gebäude in einem Naturschutzgebiet lägen und Bestandsschutz genießen würden oder ob das Naturschutzgebiet um die Häuser herumgeführt würden.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (einstimmig)

Nach Prüfung bestehen gegen die geplante Ausweisung als Naturschutzgebiet (§§ 48 c Abs. 1, 20, 34 Abs. 1 LG NRW) keine Bedenken.

2. (mehrheitlich gegen vier Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion KIDitiative und aus der SPD-Fraktion)

Um einen späteren Ausbau der Autobahn A 4 zu ermöglichen, ist eine entsprechende Festsetzung zu treffen. Auf die Belange der im NSG vorhandenen Häuser ist Rücksicht zu nehmen.

<-<u>(a)</u>

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die nachfolgend unter Punkt 3 (kursiv) aufgeführte Stellungnahme zur beabsichtigten Ausweisung des genannten Gebietes als Naturschutzgebiet.

<-(a)

21 <u>Klärwerk Beningsfeld; hier: Maßnahmebeschluss zur Optimierung der Stickstoffbelastung (Anpassung der wasserrechtlichen Erlaubnis für das Klärwerk Beningsfeld)</u>

 $\widehat{a} \rightarrow$

Herr Schneeloch verweist darauf, dass die Abwässer anders geklärt werden sollen,

um eine Reduzierung des Stickstoffs auf 12 mg/l zu erreichen. Die Berechnung in der Vorlage sei insoweit missverständlich, als das eine Reduzierung des Überwachungswertes "von mehr als 20 %" dazu führen müsse, dass der Stickstoffanteil weniger als 12 mg/l betrage.

Weiterhin verweist er darauf, dass im Gegenzug zum Erreichen eines bestimmten Klärzieles die Bezirksregierung bestimmte Vergünstigungen bei der Abwasserabgabe gewährt. Er möchte wissen, wie sicher diese Vergünstigung gewährt wird und worauf sie beruht.

Sodann fragt er danach, wie die Verwaltung auf eine Abgabe von 860.000 € komme. Er spricht sich dafür aus, bei so großen Projekten Kostenschätzungen eingehender zu spezifizieren und möchte wissen, ob die Kosten für die in der Vorlage genannte denkbare zweite Stufe in der Investitionssumme von 1,3 Mio. € bereits enthalten seien

Herr Wagner erklärt, der Grenzwert betrage 12 mg/l; dieser dürfe nicht überschritten werden. Bei Einhaltung dieses Grenzwertes dürfe die Stadt grundsätzlich die Verrechnung der Investitionen mit der Abwasserabgabe durchführen. Der entsprechende Antrag sei gestellt; er rechne mit der schriftlichen Zustimmung. Die Berechnung des Betrages von 860.000 € ergibt sich aus dem Abwasserabgabengesetz. Auf Wunsch könne die genaue Berechnung der Niederschrift beigefügt werden.

Die Aufschlüsselung der Kosten sei möglich, aber möglicherweise nicht sinnvoll. Beispielhaft sei eine Aufschlüsselung der Vorlage zum nächsten Tagesordnungspunkt zu entnehmen. Die gesamte Erhebung sowie die zu treffenden Maßnahmen würden einen Aktenordner füllen. Dieser könne alternativ zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten für die zweite Stufe sind in der Vorlage noch nicht dargelegt. Welche ergänzenden Maßnahmen sinnvoll seien, hänge von verschiedenen Faktoren ab. Hierzu verweist er auf das erstellte Gutachten. Der über die Einhaltung des Grenzwertes von 13 mg/l hinausgehende Aufwand sei für das Abwasserwerk ein finanzieller Gewinn.

Herr Dr. Kassner kritisiert, dass gemäß Vorlage das Ingenieurbüro die Maßnahme planen und betreuen solle; auf eine Ausschreibung solle verzichtet werden. Er spreche sich grundsätzlich für eine Trennung von Planung und Durchführung aus.

Herr Waldschmidt hält es für sinnvoll, den Maßnahmebeschluss erst umzusetzen, wenn der von Herrn Wagner angesprochene Bescheid über die Abgabenverrechnung vorliegt. Daher spricht er sich für die Aufnahme eines entsprechenden Vorbehaltes in die Vorlage aus.

Herr Sterzenbach erklärt, diese Vorgehensweise sei von der Verwaltung vorgesehen. Der Maßnahmebeschluss solle erst nach der Sicherstellung der Finanzierung erfolgen.

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers bestätigt Herr Wagner, dass die Leistungen des Ingenieurbüros nach HOAI abgerechnet werden. Die Hardware solle im Rahmen der HOAI-Regelungen vergeben werden. Die Bauleistungen würden entsprechend ihrer Größenordnung ausgeschrieben. Für die Ingenieurleistungen sei den Vergaberichtlinien entsprechend keine Ausschreibung erforderlich. Das Ingenieurbüro sei gerade wegen seiner guten Kenntnisse der Kläranlage ausgewählt worden.

Frau Schu erklärt, sie habe genügend Vertrauen in die Verwaltung, was die Einhaltung des Betrages von 860.000 € und die vorschriftsmäßige Vergabe angehe.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

<u>Beschluss:</u> (einstimmig bei einer Enthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90DIE GRÜNEN)

<u><-@</u>

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Durchführung der Maßnahme "Anpassung der wasserrechtlichen Erlaubnis im Klärwerk Beningsfeld bzgl. Stickstoff" auf der Grundlage der vorgelegten Kostenschätzung.

<-(a)

22 Klärwerk Beningsfeld; hier: Sanierung der Filtration im Klärwerk Beningsfeld

(a)->

(Anmerkung: Zu diesem Punkt wurden ergänzende Unterlagen als Tischvorlage verteilt. Sie sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Herr Waldschmidt ist der Auffassung, dass eine Erhöhung mit einem solchen Kostenaufwand eine Beschlussvorlage voraussetzt. Zumindest hätte er eine genaue Kostenberechnung erwartet. Zirka-Beträge in der Größenordnung einiger Hunderttausend € sind ihm zu vage, zumal derlei Kosten auch Auswirkungen auf die Gebühren hätten.

Die Vorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen.

<-(a)

23 Regionale 2010

Projekt "Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach"

@->

Herr Ziffus begrüßt die Vorlage, nachdem das entsprechende Plakat schon länger aushängt. Sodann geht er auf die Lage der Strunde-Quellen ein. Weiterhin weist er darauf hin, dass weite Teile der Strunde auch auf Kölner Stadtgebiet geöffnet werden könnten. Daher könne die Zielvorgabe hoch angesetzt werden.

Er kritisiert, dass mit dem Buchmühlenpark eine schon längst beschlossene Maßnahme ausgewählt wurde. Sinnvoller sei, den Abschnitt zwischen dem Papiermuseum und dem Museum Villa Zanders vorzuschlagen. Dies diene der Attraktivierung der Museumslandschaft und einer Verbesserung des sehr schlechten Weges. Es könne z. B. auch eine Europapromenade errichtet werden.

Frau Schneider begrüßt, dass das Land für diese Maßnahme Mittel zur Verfügung stellt. Gegen die Maßnahme Buchmühle habe sie keine Bedenken, da diese Maßnahme vorteilhaft für die Stadt sei. Sie setze voraus, dass die Investitionen trotz des Haushaltssicherungskonzeptes vorgenommen werden dürfen.

Herr Schmickler erklärt, letzteres könne er nach Absprache mit dem Landrat bestätigen. Gleichwohl müsse die Stadt ihren Finanzierungsanteil darstellen, da derlei Projekte in der Regel nur zu 50 % gefördert würden.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass verschiedene Schwerpunkte gebildet würden. Bergisch Gladbach habe gute Chancen, räumlicher Schwerpunkt zu werden. Das Strundeprojekt habe auch Aussichten, als thematischer Schwerpunkt anerkannt zu werden. Eine Zusage über eine Förderung liege aber noch nicht vor.

Frau Schneider weist darauf hin, dass nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, sodass eine baldige Antragstellung sinnvoll sei.

Herr Schäfer schlägt vor, den Geschäftsführer der Regionale-Agentur im Rat das Thema vorstellen zu lassen. Dies könne verschiedene Ausschussberatungen ersparen.

Herr Dr. Kassner legt Wert auf eine schriftliche Zusage des Landrates. Herr Schmickler geht davon aus, dass der übliche Weg eingeschlagen wird, wenn konkrete Ausgaben anstehen. Auch der Landrat habe ein Interesse daran, Geld in die Region zu lenken.

<-(a)

Auflistung der 2003 gefällten und gepflanzten stadteigenen Bäume



(Anmerkung: Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde als Tischvorlage eine Liste der 2003 gepflanzten Bäume verteilt. Diese Liste war als Bestandteil der Vorlage angekündigt, aber irrtümlich nicht verschickt worden. Für dieses Versehen bittet der Schriftführer um Entschuldigung. Die Liste ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Herr Schäfer begrüßt, dass bei den neugepflanzten Bäumen die einheimischen Arten überwiegen.

Die Vorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen.

<-(a)

25 Abfallmengenstatistik 2003



Herr Dr. Fischer möchte wissen, ob ein Verzicht auf die Trennung von gelbem Sack und Restmüll wie in Köln sinnvoll sei. Nach seinem Kenntnisstand würde beides ohnehin gemeinsam in Leverkusen verbrannt.

Herr Carl stellt klar, dass auch in Köln eine Trennung zwischen Restmüll und Leichtverpackungen erfolgt. Dies erfolge teilweise über Depotcontainer, teilweise über gelbe Säcke bzw. gelbe Tonnen. Von diesen Materialien werde nichts in Leverkusen verbrannt. Dies sei schon wegen des zu führenden Nachweises über den Mengenstrom nicht möglich.

Herr Waldschmidt verweist auf die niedrigeren Mengen an LVP-Verpackungen als auch an Glasaufkommen. Er gehe davon aus, dass dies überwiegend auf das Dosenpfand zurückzuführen sei.

Ansonsten wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

<-(a)

26 Parkraumbewirtschaftung



(Anmerkung: Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden als Tischvorlagen der Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 02.02.2004 zur Herausnahme des Marktplatzes in Refrath aus der Parkraumbewirtschaftung sowie eine aktualisierte Anlage 2 zur Parkraumbewirtschaftung 2004 verteilt. Beide Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als An-

lagen beigefügt.)

Herr Dr. Fischer begründet den als Tischvorlage verteilten Antrag seiner Fraktion vom 02.02.2004. Seine Fraktion gehe davon aus, dass die bisher auf dem Marktplatz abgestellten Fahrzeuge nunmehr in den Seitenstraßen geparkt würden.

Herr Waldschmidt erinnert an die seinerzeitigen Anmerkungen seiner Fraktion, dass der Ansatz im HSK völlig überzogen sei. Dies sei von der Verwaltung abgestritten worden. Durch die jetzt vorliegenden Ergebnisse sehe er seine damaligen Schätzungen bestätigt.

Ferner verweist er auf den Ausschussbeschluss zur Bewirtschaftung der Schlossberggarage. Dieser sei von der Bürgermeisterin nicht umgesetzt worden, weil dort Bedienstete des Amtsgerichtes kostenlos parken sollten. Dies habe zum Chaos und zu erheblichen Einnahmeausfällen geführt. Er fragt nach der Höhe dieser Einnahmeausfälle.

Schließlich erklärt er die Zustimmung seiner Fraktion zu den vorgeschlagenen Änderungen. Er verspreche sich davon, dass die angesprochenen Plätze besser angenommen würden und Parksuchverkehr wegfalle. Er möchte wissen, ob die Bewirtschaftung des etwas abgelegenen Johannisplatzes zu bewirtschaften sinnvoll oder ob es nicht besser sei, für diesen Platz günstigere Parkgebühren einzuführen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

<u>Beschluss:</u> (mehrheitlich gegen eine Stimme der F.D.P.-Fraktion bei vier Enthaltungen der SPD-Fraktion)

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.



Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat die Neufassung der Parkgebührenordnung.

<-(a)

27 <u>Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.10.2003 zur Vorlage eines Erfahrungsberichtes zur Parkraumbewirtschaftung</u>

(a)->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-(a)

28 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2003 zum Thema Mobilfunk

(a)->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-(a)

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2004 zur Reduzierung der Energiekosten

(a)->

Frau Ryborsch erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Sterzenbach tritt der Auffassung entgegen, es geschehe auf diesem Gebiet überhaupt nichts. Als zentrale Stelle im Energiebereich gebe es den Energiebeauftragten. Dieser erfülle viele Aufgaben im Bereich des Energiemanagements, die von der strukturierten Erfassung von Verbrauchsdaten bis zu konkreten Maßnahmen wie das Contracting reichen.

Herr Dr. Kassner hält Maßnahmen zur Energieeinsparung grundsätzlich für richtig. Der Aufwand müsse aber in einem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag stehen. Die Stadt könne sich angesichts ihrer finanziellen Lage das von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewünschte Konzept nicht leisten.

Herr Dr. Fischer begrüßt im Ansatz den vorliegenden Antrag. Er sei aber zu kompliziert. Er könne aber nicht akzeptieren, dass nach drei Jahren noch keine Rechnungen der Belkaw vorliegen.

Frau Ryborsch erinnert daran, dass ihr Antrag in den letzten drei Jahren mehrfach gestellt wurde. Sie kritisiert, dass die Verwaltung es bislang nicht für nötig befand, wenigstens eine Berechnung vorzulegen. Sich auf die Untätigkeit der Belkaw zurückzuziehen, erscheine ihr zu wenig. Sie verweist auf die Leistungen der Landesregierung, die die Bereitstellung finanzieller Mittel einschließe. Zum HSK verweist sie darauf, dass die Stadt selbstverständlich rentierliche Investitionen vornehmen dürfe. Herr Sterzenbach verweist darauf, dass die Stadt durchaus tätig werden wolle, es aber wegen der fehlenden Abrechnung durch die Belkaw nicht könne. Die Punkte 1 und 2 des Antrages könnten gleichwohl voraussichtlich in der nächsten Sitzung abgearbeitet werden.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, dieses Thema von Fachhochschülern im Rahmen einer Diplomarbeit behandeln zu lassen.

Herr Schmickler verweist auf die für die nächste Sitzung angekündigt Vorlage, die sich auch mit der Tätigkeit des Energiebeauftragten befasse. Verschiedene Maßnahmen im Hochbau würden auch zur Energieeinsparung beitragen.

Im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr bestand darüber Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

<-(a)

30 Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 12.02.04 zur Errichtung von Grünen Pfeilen im Stadtgebiet



Herr Waldschmidt verweist darauf, dass dieser Antrag in einer späteren Sitzung nochmals beraten wird. Die Grünen Pfeile hätten allerdings zu einer erheblichen Erhöhung der Unfallzahlen geführt; sie wären daher zumindest in Fachkreisen umstritten. Grüne Pfeile sollten nur da eingerichtet werden, wo keine Verkehrsgefährdung entstehe.

Herr Dr. Fischer sieht die vorgelegte Liste nicht als vollständig an. Die einschlägigen Verwaltungsvorschriften und die Empfehlungen der Bundesanstalt für Straßenwesen seien aber bei der Erstellung der Liste berücksichtigt worden. Viele Städte würden die

Grünen Pfeile mit Erfolg anwenden.

Ansonsten wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

<-(a)

31 Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2004 zu verschiedenen Maßnahmen im Bereich des Verkehrs und des ÖPNV

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-(a)

32 Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2004 zur Berücksichtigung verschiedener Maßnahmen im Haushalt für 2004

@**-**>

Herr Ziffus begründet und erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er erklärt sich mit einer Verweisung in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss bzw. in den Rat einverstanden.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, dass sich der Antrag zur Entsiegelung erledigt habe.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

<u>Beschlüsse:</u> 1. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion)

Die Weiterleitung der vorliegenden Anträge an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss bzw. den Rat wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei fünf Enthaltungen der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDitiative)

Die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2004 werden abgelehnt.

<-(a)

33 Anfragen der Ausschussmitglieder

 $\widehat{a} \rightarrow$

Frau Schneider:

Ich schlage vor, dass sich die Verwaltung bei so umfangreichen Tagesordnungen zukünftig einen zweiten Sitzungstermin überlegt. Ich halte so lange Sitzungen für eine Zumutung.

Herr Sterzenbach kann diese Meinung nachvollziehen. Er macht aber darauf aufmerksam, dass der Umfang der Tagesordnung nicht vom Willen der Verwaltung abhänge. Vielmehr sei der Umfang abhängig von Vorschriften, die von der Gemeindeordnung bis hin zur Zuständigkeitsordnung des Rates und zu Beschlüssen dieses Ausschusses

reichen.

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt sich dem an. Eine Teilung der Tagesordnung sei erst dann möglich, wenn die einzelnen Punkte feststünden.

Herr Sacher spricht sich in solchen Fällen für eine komprimiertere Diskussion aus.

Herr Ziffus:

Herr Ziffus stellt schriftlich folgende Fragen zur Untersuchung der Gewässergüte in Bergisch Gladbach im Dezember 2002:

- 1. Was war die Ursache des "Störfalls" an der Strunde in Gronau im August 2002 (S. 3 f)?
- 2. Am Katterbach wird im Bereich Odenthaler Markweg (Nr. 6) die zu nahe Bebauung moniert. Ca. 2002 sicherte die Verwaltung im UIV-Ausschuss die Beseitigung einer südlich gelegenen Aufschüttung zu (Mehrfamilienhaus Bauträger Rose). Wie ist der Stand der Dinge?
- 3. Sieht die Verwaltung im Vorkommen des Abwasserpilzes (Sphaerotilus natans) im Weidenbach (MSt 10) und im Saaler Mühlenbach (MSt 77) eine Bedrohung des

 Trinkwassers?

 Zur Erläuterung: Diese Bakterienart steht im Verdacht, als Chlamyolium an der Entstehung von Kalkablagerungen in Adern verantwortlich zu sein.
- 4. Was sind die Ursachen der offenbar immer noch vorhandenen toxischen Belastungen des Handbaches (Aufschüttungen der Quellaue im Bereich B-Plan Breslauer Straße?) bzw. des Rodenbaches (Gewerbegebiet Zinkhütte? Benzin?)
- 5. Sieht die Verwaltung im erhöhten Ammoniumgehalt des Wassers des Frankenforstbaches die Ursache für den immer noch erhöhten Nitratgehalt des Wassers aus den Brunnen des WWKs Refrath?

 Zur Erinnerung: Im Bereich WWK Refrath fließt der Bach exakt auf der Grenze der Schutzzone II, in der keinerlei Schadstoffeintrag erlaubt ist, und verliert dort ca. 500 m³ pro Tag als Sickerwasser ins Grundwasser, das dort 20 m tief ansteht.

Herr Dr. Fischer:

Ich komme zurück auf Tagesordnungspunkt A 28. Ist es möglich, die angegebenen Standorte zum Mobilfunk, die man bei der Bauaufsicht oder der Regulierungsbehörde einsehen kann, als einblättrige Übersicht in den Bürgerbüros auszulegen?

Herr Schmickler verweist darauf, dass die Unterlagen bei der Stadt und im Internet einsehbar seien. Von pauschalen Informationen rate er ab. Sinnvoller sei eine persönliche Beratung.

Herr Dr. Kassner:

1. Zwischen den Straßen Auf dem Kamm und In der Auen sollte aufgrund eines Ausschussbeschlusses in Höhe der Immanuel-Kant-Straße eine Laterne auf dem Weg aufgestellt werden. Die Finanzierung sollte durch den Verkauf der anliegenden Grundstücke erfolgen. Wie ist der Sachstand?

2. Die CDU-Fraktion hat beantragt nachzuprüfen, inwieweit es notwendig ist, Barrieren an Fuß- und Radwegen außerhalb von Straßen zu haben. Eine dieser Barrieren zwischen dem Kahnweiher und der Straße Im Letsch war sehr abgängig. Die Verwaltung habe dort eine teure neue Barriere errichtet. Wie ist der Sachstand.

Herr Hardt erinnert an eine entsprechende Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss. Solche Barrieren würden so weit wie möglich zugunsten der Rollstuhlfahrer entfernt. Allenfalls würden sie durch einen Pfosten ersetzt, wenn der Fahrradverkehr unterbunden oder gebremst werden soll. Im vorliegenden Fall sei die Barriere im Rahmen eines Bauvorhabens zerstört und ohne Rücksprache mit der Verwaltung erneuert worden.

Herr Jung:

An der Berufsschule wird ein neues Regenrückhaltebecken erfolgt. Kann für die Toiletten und ähnliches der Berufsschule aus dem Regenrückhaltebecken Brauchwasser entnommen werden?

Herr Schmickler erklärt, dass das Becken nicht dauerhaft Wasser führt. Vielmehr fülle es sich nur bei Regen und gebe das Wasser dosiert wieder ab. Eine Brauchwasserentnahme sei daher nicht möglich.

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.48 Uhr.

